

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Bornheim

Dr. Michael Pacyna (Pressesprecher)
Tel.: 02222/5906
Bornheim, 10.05.2005



Sehr geehrte Redaktion,
wir bitten um Veröffentlichung der folgenden Meldung.
Mit bestem Dank für Ihre Bemühungen und freundlichen Grüßen

Michael Pacyna

Mobilfunk: „Vorsorgeprinzip oberste Priorität!“ Grüne beantragen Überarbeitung der Bornheimer Leitlinien

Bornheim. Bereits im vergangenen Dezember zeigten sich die Grünen mit den damals von den anderen Fraktionen im Verkehrs-, Planungs- und Liegenschaftsausschuss beschlossenen „Leitlinien zur Errichtung von Mobilfunkanlagen im Stadtgebiet von Bornheim“ unzufrieden und enthielten sich der Stimme. Dem Grünen Planungssprecher Dr. Michael Pacyna gingen die Leitlinien nicht weit genug. Nach Einschätzung des Bornheimer Vizebürgermeisters sei „kein schlüssiges Gesamtkonzept erkennbar.“ Der Ausschuss verwies die Angelegenheit deshalb zur weiteren Beratung in den Umweltausschuss.

Die Grünen sehen sich in ihrer Skepsis durch aktuelle Forschungsergebnisse bestätigt. Noch immer ist die Frage, ob durch die mit dem Mobilfunk einhergehende elektromagnetische Strahlung Schädigungen ähnlich wie bei Tieren und Zellkulturen auch beim Menschen hervorgerufen werden können, ungeklärt. Ihre Vertreter im Umweltausschuss Dr. Arndt Kuhn und Dieter Wienand fordern bei der diffusen Sachlage, „dem Vorsorgeprinzip zum Schutz der Bornheimer Bevölkerung oberste Priorität einzuräumen.“ Die beiden Grünen haben deshalb jetzt eine überarbeitete Version der Mobilfunk-Leitlinien als Antrag in den Umweltausschuss eingebracht. Bis zur endgültigen Klärung des Gefährdungspotentials sollen die Neueinrichtung sowie der weitere Ausbau von bestehenden Altstandorten von Mobilfunkanlagen innerhalb geschlossener Wohngebiete zurück gestellt werden.

Die Fraktion schlägt vor, in die bestehenden Bornheimer Mobilfunk-Leitlinien u.a. die folgenden Gesichtspunkte einzuarbeiten:

- ✍ Da alte Standorte zum Beispiel in Wohngebieten, insbesondere in unmittelbarer Nähe von Kindergärten und Schulen nicht unbedingt unbedenkliche Standorte sind, sollten diese „vor dem Hintergrund neuer wissenschaftlicher und technischer Erkenntnisse in relevanten Abständen überprüft werden.“
- ✍ Die Auffassung, die Nutzung eines Standortes durch mehrere Mobilfunknetz-Betreiber sei per se besser, ist nach Auffassung Kuhns und Wienands falsch, da

dies bei „ungeeigneten Standorten zu erhöhten Belastungen der unmittelbaren Umgebung führt.“

- ✍ Das Argument, Standorte in Kirchtürmen und anderen höheren Gebäuden innerhalb einer Ortslage führen wegen des flachen Abstrahlwinkels nur zu geringen Belastungen der Umgebung, ist nach Überzeugung Kuhns gerade im Hangfußbereich des Vorgebirges nicht haltbar, da dieser flache Abstrahlwinkel zu einer stärkeren Belastung von Wohngebieten im Hangbereich führt. Die Anlagen sollten deshalb nicht innerhalb von Ortschaften errichtet werden, sondern zur geschlossenen Wohnbebauung mindestens 300 m Abstand einhalten.
- ✍ Die Grünen schlagen vor, in Anlehnung an die technische Entwicklung strahlungsärmerer Mobilfunk-Übertragungstechniken Sender dann durch Neuanlagen zu ersetzen, wenn dies zu einer deutlichen Strahlen-Minderbelastung um mindestens den Faktor 10 führt.

Die Stadt soll nach Auffassung der Grünen bereits im sehr frühen Planungsstadium für Neuanlagen und Erweiterungen von Altanlagen eingeschaltet werden. Dabei sollte Bornheim ein Vorschlagsrecht für Standort-Alternativen besitzen. Dr. Arnd Kuhn und Dieter Wienand fordern zudem, dass bei Neuanlagen „grundsätzlich mehrere Alternativstandorte geprüft und die Eignung bzw. Nichteignung einzelner Standorte begründet werden muss.“

Jetzt ist der Bornheimer Umweltausschuss am Zuge. Noch im Mai entscheiden die Stadtverordneten, in welchem Maße die bestehenden „Leitlinien zur Errichtung von Mobilfunkanlagen im Stadtgebiet von Bornheim“ angepasst werden.